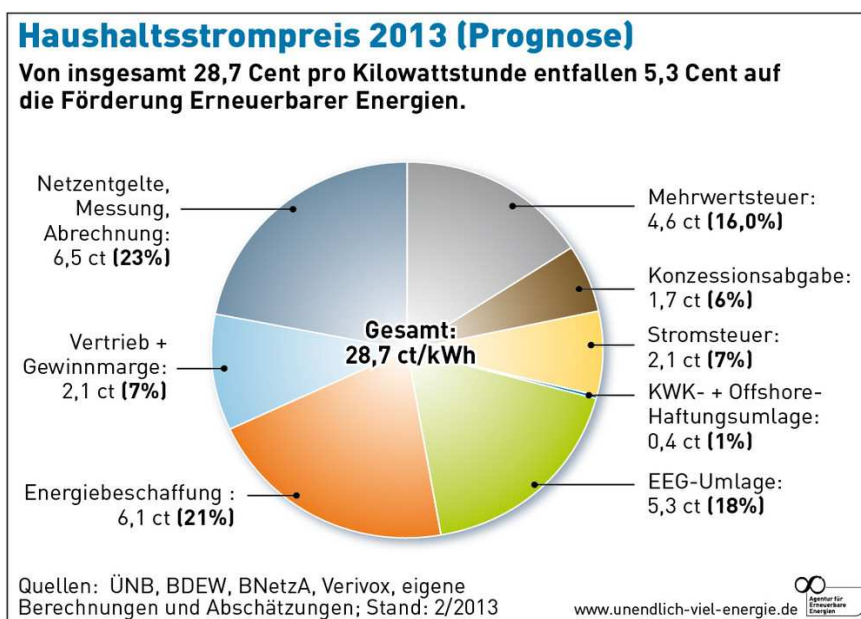


Die Erneuerbaren Energien senken die Strompreise

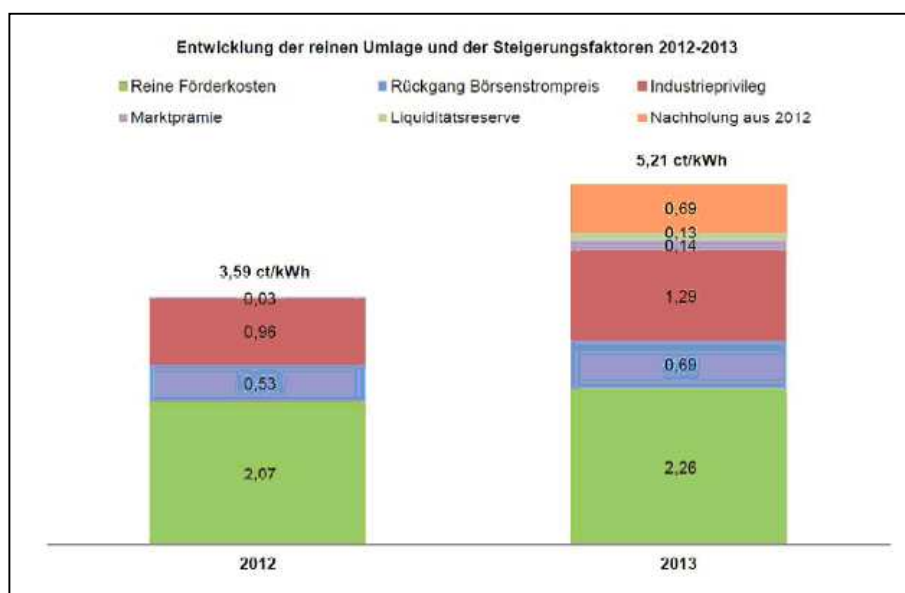
Ob in der Energiewirtschaft, bei Wirtschaftsverbänden, Wirtschaftsinstituten, Presse, Medien und Politikern einiger Parteien, überall hört man zur Zeit, dass erneuerbare Energien teuer sind, dass sie verantwortlich für den hohen Strompreis sind und die armen Bürger für die reichen Solaranlagenbesitzer zahlen müssten. Das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz, welches z.B. die Einspeisung von Solarstrom ins Stromnetz regelt) müsste abgeschafft und durch ein Quotenmodell ersetzt werden. Wenn man sich etwas Zeit nimmt und die Faktenlage genauer betrachtet, dann kann man genau das Gegenteil erfahren. Wie kommt so etwas? Wer hat da welche Interessen? Betrachten wir diese Aussagen etwas genauer:

Betrachten wir mal die durchschnittlichen Strompreise 2013, deren Zusammensetzung und dann die Erhöhung 2013 durch das EEG. Das folgende Diagramm (2) zeigt in etwa die Zusammen-

setzung des prognostizierten mittleren Haushaltsstrompreises 2013. Die EEG-Umlage welche u.A. eine feste Vergütung z.B. für die Solaranlagenbetreiber garantiert ist gesamt mit 5,3 Ct/kWh beteiligt. Da aber nur 2,3 ct/kWh davon auf die erneuerbaren Energien zurückzuführen sind (siehe unten), haben diese nur einen Anteil von 8 % am gesamten Haushaltsstrompreis. Die Solarenergie kann also gar nicht der Preistreiber sein. Als Gewinnerabschöpfungsmöglichkeiten für die beteiligten Firmen gibt es neben den Vertrieb & Gewinnmargen (Anteil 7 %) weitere versteckte Gewinnerhöhungsmöglichkeiten über die Energiebeschaffung (21%), Netzentgelte (23%) und dem Anteil der EEG-Umlage, der nichts mit den Erneuerbaren Energien zu tun hat (ca. 3 ct/kWh und 10,5 %). Hier fand die eigentliche Preistreiberei statt, und nicht durch die Solarenergie.



In der folgenden Grafik (4) kann man deutlich sehen, dass die reine Förderung der erneuerbaren Energien sich nur von 2,07 ct/kWh in 2012 auf etwa 2,26 ct/kWh in 2013 erhöht hat (grün). Der Hauptteil der Erhöhung der EEG-Umlage für die Stromverbraucher geht auf Gesetzesänderungen der CDU/FDP-Regierung in den letzten Jahren zurück (rot,blau). Diese haben immer mehr



zusätzliche Umlagekosten – welche mit der Solarförderung gar nichts zu tun haben – für die Stromverbraucher eingeführt und bestehende in den letzten Jahren stark erhöht. Dabei wurden besonders die Haushalte bzw. die kleinen und ärmeren Stromverbraucher stark belastet. Gleichzeitig wurde die Wirtschaft durch die Ausweitung des Industrieprivilegs (Befreiungen und Ermäßigungen) stark entlastet, was diese aber nicht in Form von Preissenkungen an die Kunden weitergab. Ich nenne diesen Teil der EEG-Umlage (immerhin 56 %) mal CDU/FDP Umlagezusatzkosten, weil diese Parteien das eingeführt und ausgeweitet haben, auch wenn diese Gelder in erster Linie nicht den Parteien sondern Akteuren der Wirtschaft und Stromwirtschaft zugute kommen.

Folgende Zusatzkosten am EEG hat diese CDU/FDP-Regierung den Verbrauchern beschert:

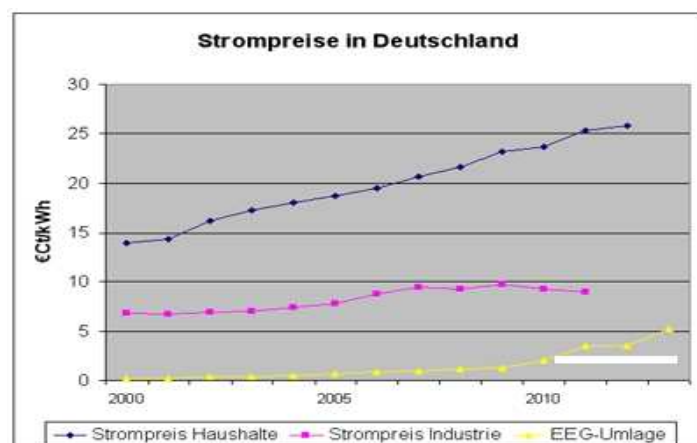
* Erklärungen zu den Begriffen in Anlage 1

- 1 Industrieprivileg stark erweitert, die Kleinverbraucher zahlen dafür mehr
- 2 Marktprämie
- 3 Liquiditätsreserve
- 4 Nachholung aus 2012
- 5 Rückgang Börsenstrompreis = Erhöhung Zulage (Vermarktungszwang an Börse seit 2010)

6 In Arbeit: Die wirtschaftlichen Risiken der OFF-Shore-Windenergie sollen die Verbraucher zahlen, die Gewinne sollen natürlich die Firmen alleine erhalten.

Der Industriestrompreis liegt sowieso schon weit unter den Verbraucherstrompreisen, welche diesen so mitfinanzieren dürfen. Siehe Grafik (4), durchschnittliche Preise

Ab etwa 2009 ist die EEG-Umlage gesamt stärker angewachsen. Bis dahin gab es aber auch schon erhebliche Strompreissteigerungen, welche mit der Solarenergie oder den Erneuerbaren Energien gar nichts zu tun hatten. Ohne CDU/FDP-Umlagezusatzkosten würde die EEG-Umlage etwa bei 2,26 ct/kWh, also etwa bei dem weißen Balken liegen. Die Erneuerbaren Energien können also gar nicht Preistreiber sein. Die Gewinnabschöpfungen der Stromwirtschaft und die Befreiung von Kostenteilen für die stromintensiven Betriebe schon.



Während in Deutschland das EEG dazu führte, dass in kürzester Zeit mit weniger Förderung als z.B. für die Atomkraft die erneuerbaren Energien einen Anteil von 24 % erzielten, hat das in Großbritannien eingeführte und inzwischen ersetzte Quotenmodell wegen Nichterfolg (nur wenige %) total versagt. Warum gibt es Forderungen aus der FDP nach diesem Quotenmodell? Wer wirklich ein Quotenmodell möchte, möchte keine Energiewende und möchte keine Erneuerbare Energien, egal was sonst dazu sagt wird. Das Handeln ist hier wichtig, nicht das daher reden.

Die Preise für Solarstromanlagen sind in den letzten Jahren über 50 % gesunken, so dass viele Millionen normal arbeitende Menschen sich nun Solaranlagen leisten können. Handwerker, Lehrer, Landwirte, Polizisten, Angestellte im öffentlichen Dienst, Beamte, Verkäufer, Krankenpfleger- und -schwestern, Ärzte, Rentner, Facharbeiter egal ob Mann oder Frau in allen Bereichen können sich Solarstromanlagen selbst leisten oder sich an Bürgersolaranlagen beteiligen. Das ist der Großteil unserer arbeitenden Bevölkerung und nicht etwa die 10 % der Bevölkerung, welche über 56 % des gesamten Vermögen in Deutschland besitzen. Diese haben aber oft Aktienbesitz

zur Vermehrung des Kapitals z.B. auch in der Stromwirtschaft und bei den großen Stromkonzernen. Diese haben noch nie und würden auch nie für ärmere Kleinverbraucher wie z.B. sozial Schwache, Arbeitslose, Rentner und Studenten die Strompreise senken. Das könnten sie den Aktienbesitzern gegenüber gar nicht verantworten. Die Kleinverbraucher zahlen das meiste Geld für die Gewinne der großen Aktiengesellschaften im Strombereich und nicht für die Solaranlagenbesitzer.

Wenn viele Millionen Menschen in diesem Land überall dezentral Strom einspeisen und sich eine wirklich „soziale“ Marktwirtschaft ausbilden kann, dann kann es durch die sehr vielen Anbieter zu geringeren Strompreisen kommt. Mehr Angebot und Konkurrenz führt zu niedrigeren Strompreisen und nicht ein Oligopol von wenigen miteinander verbundenen großen Aktiengesellschaften. Oben haben wir gesehen, dass der Strompreisanstieg des EEG hauptsächlich durch die Gesetzesänderungen der CDU/FDP-Regierung und der Renditeerwartung der großen Aktiengesellschaften kommt, und nicht durch die Förderung der Solarenergie. Zudem werden u.A. die Regierungsparteien ja auch von diesen Aktiengesellschaften über Spenden, Sponsoring und Mitarbeiterinput mitfinanziert. Das geht soweit, dass jemand aus der Atomwirtschaft kommend im zuständigen Ministerium nun die eigenen ehemaligen Kollegen kontrollieren und beaufsichtigen soll.

Für die Bürger ist es am besten, wenn es sehr viele kleine Stromanbieter, z.B. auch Solarstromanlagenbetreiber gibt und die Netze öffentlich oder/und in Bürgerhand bleiben.

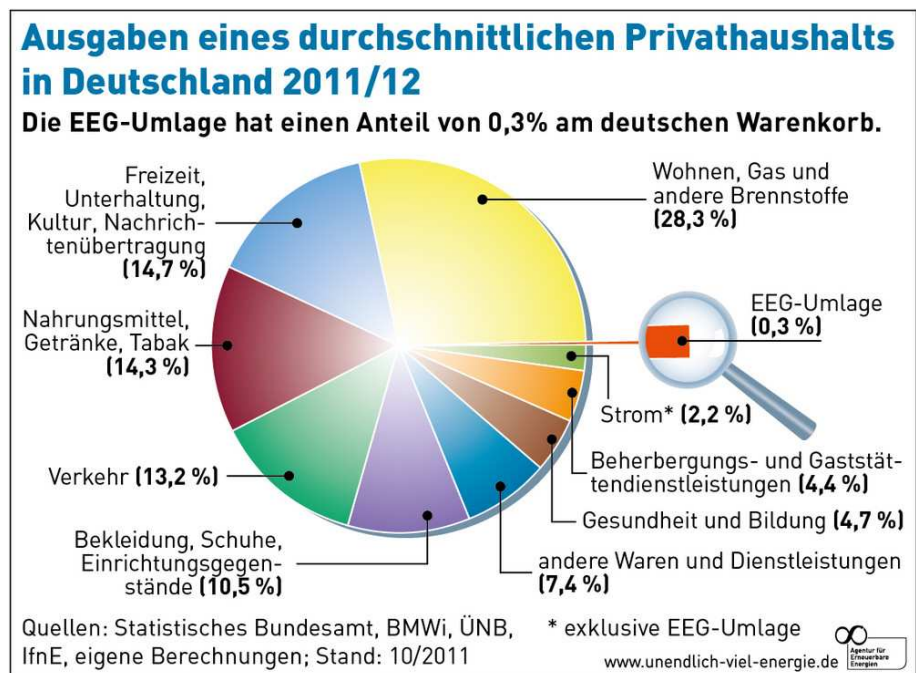
Außerdem ist der Anteils des Stroms, der EEG-Umlage gesamt und davon der Anteil der

Erneuerbaren Energien an den durchschnittlichen Ausgaben eines Privathaushaltes sehr gering. Der Anteil der Oligopole im Energiemarkt (ÖL, Gas 28 %) für die Beheizung und Verkehr (13%) sind hier der Hauptbestandteil. Die EEG-Umlageerhöhung inkl. CDU/FDP-Umlagezusatzkosten hatte z.B. 2011 nur einen Anteil von etwa 0,3 % an den allg. Ausgaben eines durchschnittlichen Privathaushaltes.

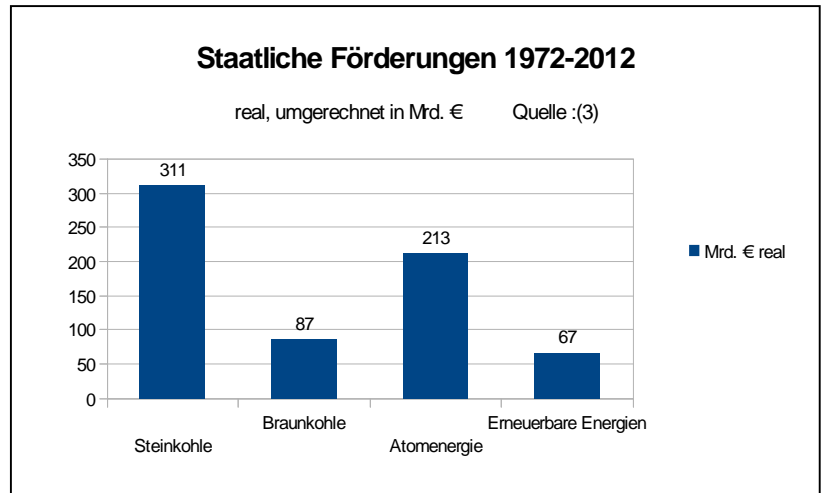
Die Erneuerbaren

Energien, besonders die

Solarenergie führt zu einer Strompreissenkung an der Leipziger Strombörse, was die Stromverbraucher leider durch einen Teil der EEG-Umlage dann bezahlen müssen. Gleichzeitig profitieren die Wirtschaft und die Stromwirtschaft von den geringeren Preisen für speziell in Spitzenzeiten.

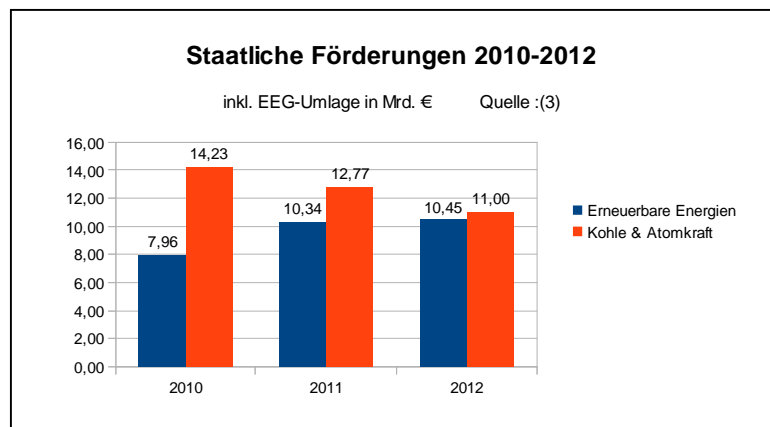


Häufig gibt es das Argument, dass die EEG-Förderung ein Fass ohne Boden sei und die Erneuerbaren Energien und dabei speziell die Solarenergie zu hoch gefördert würden. Wenn man sich mal die Fördersummen nur der letzten 40 Jahre ansieht, dann zeigt sich, dass diese Techniken mit wenigen Umweltrisiken und mit viel weniger Förderung extrem viel schneller gewachsen sind. Wenn man die Kosten und Förderungen der anderen Energieträger wie Kohle und Atomkraft mal ansieht, dann sind diese noch weitaus viel mehr gefördert worden. Allerdings mit anderen Fördermechanismen, welche die



eigentliche Förderhöhe und die Risiken verschleiern. Bei den Erneuerbaren Energien sind die Kosten und Förderungen direkt im Strompreis enthalten. Bei der Atomkraft und der Kohleförderung nicht. Wenn die Förderungen von Atomkraft und Kohle genauso in den Strompreis eingepreist wären, wie das bei den Erneuerbaren Energien der Fall ist, dann wäre die Atomkraft bei weitem die teuerste Energieumwandlungsform, gefolgt von der Kohleverstromung. Die Erneuerbaren Energien wären am günstigsten. Klare wirtschaftliche Interessen der Platzhirsche in der Energiewirtschaft verhindern einen fairen Wettbewerb in der Energiewirtschaft.

Immer wieder hört man, dass das Stromnetz ausgebaut werden muss um die Strom der Erneuerbaren Energien vom Norden in den Süden zu bringen. Das kostet Milliardenbeträge und der Steuerzahler oder Stromverbraucher müssten dafür aufkommen.



Es stimmt, dass das Stromnetz für die Aufnahme und Abgabe von Strom ertüchtigt werden muss. Das gilt aber generell erst einmal für den gesamten Stromhandel und erst in zweiter Linie für die Verteilung des Stroms aus Erneuerbaren Energien. Was ist eigentlich mit den Milliardenbeträgen, welche die Haushalte seit 1998 für die Netznutzung im Strompreis gezahlt haben geschehen? Eigentlich waren die doch neben der Instandhaltung auch für den Netzausbau bestimmt. Wenn aber die Instandhaltung und Instandsetzung nur auf sehr geringen Niveau mit wenigen Kosten stattfand und in den Ausbau nur wenig Geld geflossen ist, wo sind dann die restlichen Milliardenbeträge geblieben? Sie sind u.A. in den Bilanzen der beteiligten Firmen als Gewinne zu sehen. D.H. die Stromkunden haben eigentlich seit 1998 den Ausbau des Stromnetzes bereits bezahlt und sollen nun von der CDU/FDP-Regierung nochmal zur Kasse gebeten werden?

Zudem ist bei regionalen, lokalen und örtlichen Speichern, welche den Stromverbrauch und die Stromeinspeisung zeitlich steuern können, ein viel geringerer Netzausbau nötig, als jetzt von Regierung, Wirtschaft und Teilen der Wissenschaft gefordert. Es geht darum, ob die Netze hauptsächlich dezentral oder aber zentral und ob sie von privaten Firmen oder Bürgergesellschaften bzw. dem Staat gestaltet und bewirtschaftet werden. Wenn die Netze nur hinsichtlich der Verteilung von Strom zwischen Land und Ballungsräumen ausgebaut werden, wenn die Millionen von Verbrauchern und Einspeisern durch Speicher den Strom zeitlich gezielt einspeisen und

beziehen, dann wird dieser übergroße Netzausbau gar nicht erst benötigt. Benötigt wird eine Förderung und Weiterentwicklung der Speichertechnologie. Solarstromanlagen werden heute schon standardmäßig mit Tagesspeicher angeboten und können somit die Stromnetze entlasten. Offshore- Windanlagen können einen Teil der Stromerzeugung übernehmen, sie sind aber nicht die Lösung des Problems, denn sie erfordern einen teuren zu starken Stromnetzausbau. Also dezentrale Onshore-Wind- Wasser- und Solarstromanlagen, sowie in Maßen Biomasse und Zwischenpeicher wie Biogas. Als Übergangstechnologie nur schnell regelbare Erdgaskraftwerke, Pumpspeicher und dezentrale fossile Blockheizkraftwerke (BHKW). Das wäre die kostengünstigste Variante der Energiewende für die Bürger.

Auch „Strom aus Wüsten“ Projekte wie z.B. „desertec“, wo der Strom aus dem Mittelmeerraum nach Deutschland transportiert werden soll bringen keine Strompreissenkungen, da der Transport und die Verteilung wieder nur von bekannten Oligopolen im Strommarkt übernommen werden sollen. Außerdem wäre diese Lösung - aufgrund der extrem hohen Kosten für nur einige wenige Prozent Versorgung, der Verluste, der Unsicherheiten in den beteiligten Staaten und der Gewinnerwartung der beteiligten Oligopole - viel teurer, als hier ein intelligentes Netz mit Millionen von kleinen Einspeisern aufzubauen, was die Strompreise senken kann und zu 100 % mit erneuerbaren Energien gestaltet werden kann (5).

Quellen:

- 1) Agentur für Erneuerbare Energien (AEE), Daten vom BDEW usw. & Angaben auf den Diagrammen
- 2) UVE, www.unendlich-viel-energie.de , & Angaben auf den Diagrammen
- 3) Teilstudie 2012 „ Was Strom wirklich kostet“ vom Forum ökologisch soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag von Greenpeace Energy und Bundesverband Windenergie (BWE, Swantje Küchler, Bettina Meyer
- 4) Umweltinstitut München e.V. , www.umweltinstitut.de,
- 5) Studie 2012, ISE, Fraunhofer Institut für solare Energiesysteme, „100 % Erneuerbare Energien für Strom und Wärme in Deutschland“,

Anlage 1: Steigerungsfaktoren im EEG, die nichts mit dem Ausbau der Erneuerbaren zu tun haben, sind:

(Quelle: Umweltinstitut München e.V. , www.umweltinstitut.org)

- **Industrieprivileg:** Stromintensive Betriebe sind entweder ganz von der EEG-Umlage befreit oder zahlen nur einen geringen Prozentsatz. Dadurch steigt die EEG-Umlage für die restlichen Stromkunden. Durch die Ausweitung der EEG-Befreiung auf immer mehr Firmen kommen die Lasten der Umlage insbesondere bei kleinen Unternehmen und Haushaltskunden an. Mit der EEG-Novelle 2012 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Grenze für die Befreiung von 10 GWh Stromverbrauch im Jahr auf 1 GWh herabgesetzt und damit den Kreis der Nutzer noch einmal massiv ausgedehnt. Hinzu kommt noch, dass für Strom aus Eigenerzeugung oder aus gepachteten Kraftwerksanteilen keine EEG-Umlage fällig wird. Der Anteil des Industrieprivilegs an der EEG-Umlage 2013 beträgt 1,3 Cent/kWh.
- **Nachholung aus 2012:** Die EEG-Umlage wird jeweils am 15. Oktober eines Jahres von den Übertragungsnetzbetreibern für das Folgejahr bekannt gegeben und beruht auf einer Prognose der weiteren Entwicklung. Die Differenz aus dieser Prognose und der tatsächlichen Entwicklung einschließlich möglicher Zinsen wird nachträglich in der so genannten Nachholung verrechnet. Da die EEG-Umlage bereits Ende September 2012 mit 2,6 Mrd. Euro unterdeckt war, enthält die EEG-Umlage 2013 einen Nachholbetrag zum Ausgleich des Defizits. Der Anteil der Nachholung aus 2012 an der EEG-Umlage 2013 beträgt 0,7 Cent/kWh.
- **Liquiditätsreserve:** Mit der EEG-Novelle 2012 wurde die Liquiditätsreserve neu eingeführt. Mit dieser Rücklage, die aus der EEG-Umlage aufgebaut wurde, können die Netzbetreiber ihre Auslagen bei der Vermarktung der Erneuerbaren vorfinanzieren. Falls die Liquiditätsreserve, wie bereits angekündigt, von 3 Prozent auf z.B. 10 Prozent erhöht wird, würde dies die EEG-Umlage 2013 zusätzlich erhöhen, was aber nichts mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu tun hat. Der Anteil der Liquiditätsreserve an der EEG-Umlage 2013 beträgt 0,13 Cent/kWh, im Falle einer Anhebung auf 10 Prozent beträgt er 0,31 Cent/kWh.
- **Marktprämie:** Mit Einführung der so genannten Marktprämie in 2012 wollte der Gesetzgeber die Marktintegration der erneuerbaren Energien fördern. Anlagenbetreiber können damit zusätzlich zur EEG-Umlage eine Managementprämie und Flexibilitätsprämie erhalten. Mit diesem untauglichen Vermarktungsversuch werden die Stromverbraucher unnötig belastet. Der Anteil der Marktprämie an der EEG-Umlage 2013 beträgt 0,14 Cent/kWh.
- **Rückgang Börsenstrompreis:** Die Grundlage für die Berechnung der Umlage wurde 2010 mit einer Verordnung geändert. Seitdem muss EEG-Strom an der Börse vermarktet werden. Da aber Sonne Wind & Co ohne Brennstoffkosten auskommen und teure fossile Kraftwerke vom Markt drängen, sinken die Strompreise an der Börse trotz Atomausstieg und haben den tiefsten Stand seit über zwei Jahren erreicht. Nutznießer sind Stromhändler und Großverbraucher, die an der Börse einkaufen. Private Haushalte und kleine Betriebe profitieren nicht davon, da dieser Preisvorteil nicht an die Endkunden weiter gegeben wird. Der Anteil des sinkenden Börsenstrompreises an der EEG-Umlage 2013 beträgt 0,7 Cent/kWh.
Die verordnete Vermarktung der Erneuerbaren an der Börse führt außerdem zu einer paradoxen Situation: Bei fallendem Börsenpreis steigt gleichzeitig die EEG-Umlage, denn sie errechnet sich aus der Differenz zwischen dem an der Börse erzieltm Erlös und der garantierten Einspeisevergütung. Die Erneuerbaren werden so zum Opfer ihres eigenen Erfolgs. Dieser handwerkliche Fehler des Gesetzgebers muss dringend korrigiert werden.

Das EEG wurde immer wieder geändert und ist mittlerweile in weiten Teilen zum Flickwerk geworden. Die aktuelle Fassung umfasst 66 Paragraphen. Viele davon sind bürokratisch, unlogisch, inkonsequent oder aus anderen Gründen nicht effektiv.

Es wäre aber ein Fehler bei der derzeit überspitzten Strompreisdiskussion das EEG abschaffen zu wollen. Die Energiewende braucht ein starkes EEG, verlässliche Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit.